

# Basel plant seine bauliche Zukunft

## Kanton erlässt Richtplan

BASEL (sda). Die baselstädtische Regierung hat den neuen Richtplan des Kantons erlassen. Darin sind unter anderem beim Bahnhof St. Johann und beim Badischen Bahnhof „Einkaufszentren und andere verkehrsintensive Anlagen“ angeordnet.

Deutliche Zustimmung habe der Ansatz der „Siedlungsentwicklung nach innen“ erfahren, sagte Baudirektorin Barbara Schneider. Dieser sieht eine Qualitätsoptimierung der Kernstadt Basel in der Agglomeration und eine Erweiterung um etwa ein Prozent der Kantonsfläche vor. Allerdings habe es gegensätzliche Ansich-

ten über die Umsetzung gegeben. Desgleichen seien sich bei der Mobilitätsstrategie Verkehrs- und Umweltverbände gegenüber gestanden. Bei der Siedlungsentwicklung sei die Strategie der Regierung aber insgesamt bestätigt worden, und auch bei der Mobilität hielt sie an ihr fest.

Nach der Vorprüfung durch den Bund wurden zehn Punkte angepasst, sagte Kantonsbaumeister Fritz Schumacher. So werden bei der Siedlungsgebietserweiterung auf eine Überbauung des Bäumlifhareals verzichtet und die Bruderholz-Randzone verkleinert. Das Umnutzen von Familiengärten sollen möglich sein, ohne Familiengärtner zu vertreiben. Erarbeitet wird auch ein Hochhauskonzept. Statt wirtschaftlicher „Schwerpunktgebiete mit Planungsbedarf“, die die Wirtschaft wegen Planungsunsicherheiten kritisierte, gibt es Wirtschaftsschwerpunkte. Für Einkaufszentren und andere verkehrsintensive Anlagen kommen zu Dreispitz, St. Jakob, Erlenmatt und Stücki Standorte beim Bahnhof St. Johann und beim Badischen Bahnhof hinzu.

Beim Natur- und Landschaftsschutz hat die Regierung nun verbindlichere „Festsetzungen“ vorgenommen. Beim Gelände auf dem Bruderholz gibt sie allerdings der Wohnnutzung den Vorrang, wie Planungsleiterin Maria Lezzi sagte. Der im alten Richtplan aufgeführte „Zubringer Allschwil“ wird gelöscht. Stattdessen soll im Raum Basel West/Allschwil BL/Burgfelden (F)/Hegenheim (F) mit den Nachbarn ein Verkehrskonzept erarbeitet werden, in dem Zubringer Allschwil und Südumfahrung durchs Leimental „eine zu prüfende Maßnahme“ wäre.

Akzente neu gesetzt wurden zudem bei Bildung und Abfallentsorgung, wo der Nachbarkanton Baselland verbindliche Aussagen vermisst hatte. Baselland habe dagegen befriedigt festgestellt, dass im Gesundheitswesen die enge Zusammenarbeit explizit hervorgehoben wird. Zentrale Richtplan-Vorgaben sollen laut Barbara Schneider nun in eine Revision des – für Grundstücksseigentümer verbindlichen – Zonenplans einfließen.